Abstract: Bachelorseminar 210161 (2017S) Politikwissenschaft

Demokratiedefizit der Europäischen Union und Politische Partizipation

Die Europäische Union gilt als das größte politische und wirtschaftliche Projekt souveräner Staaten und hat in seiner Geschichte eine Reihe an Entwicklungsschritten zurückgelegt, die mit Phasen von Konjunktur und Rezension verbunden waren und zum derzeit in Kraft stehenden Vertrag von Lissabon und der heutigen EU geführt haben.
In ihrer gegenwärtigen Form sieht sich die EU jedoch einer zunehmenden Kritik hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimation sowie ihrer politischen Handlungsfähigkeit ausgesetzt. Das besondere politische System der EU, dass als Supranational und damit als ein Rechtssystem sui generis charakterisiert wird, verlangt spezielle Normen, hinsichtlich ihres institutionellen Aufbaus, ihres Entscheidungs- Willensbildungsprozesses und ihrer Rechtssetzungsbefugnis. In ihren Grundsätzen hat sich die EU selbst die Einhaltung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorgeschrieben (Art 2 EUV), im Mehrebenensystem besteht jedoch durchaus ein Spannungsverhältnis zu diesen Grundsätzen und ihrer tatsächlichen Umsetzung.
Die Kritik die sich dabei gegen die EU richtet ist keineswegs homogen, so werden Forderungen nach einem Mehr an Europa und eines voranschreitenden Integrationsprozesses genauso genannt, wie auf der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums, eine Einschränkung der Kompetenzbereich und die Rückkehr zu den Nationalstaaten.
Das Defizit des demokratischen Prozesses lässt sich dabei einerseits in ein institutionelles und ein strukturelles einteilen. Ersteres meint dabei die mangelnde demokratische Legitimation von Organen, den Willens und Entscheidungsfindungsprozess als auch fehlender Möglichkeiten zur Partizipation der Bürger_innen, letzteres bezieht sich auf eine politische Kultur und das (Nicht)-Bestehen einer politischen bzw. sogar europäischen Öffentlichkeit.
In dieser Bachelorarbeit soll das Phänomen des Demokratiedefizits der EU untersucht werden: Ob ein solches tatsächlich besteht, sowie an Hand normativer Thesen eine konzeptionelle Überlegung angestellt werden, ob und wie ein demokratischerer Prozess in einem supranationalen Staatengefüge möglich sein kann. Dieser Frage dient auch die

Befassung mit dem Phänomen der Politischen Partizipation. In einem demokratischen System ist eine solche einerseits Voraussetzung, andererseits auch Maßstab für Existenz und Funktion einer Demokratie.
Daher soll Politische Partizipation, in ihren verschiedenen Dimensionen erfasst werden um das Bestehen eines Demokratiedefizits feststellen zu können und an den Maßstäben eines solchen zu messen, sowie Formen politischer Partizipation in einem potentiellen zukünftigen Integrationsprozess eingefügt werden um die Qualität des politischen Systems der EU, hinsichtlich ihres Grundsatzes der Demokratie, aber auch der weiteren Postulate des Pluralismus, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde zu sichern.

Relevanz für eine kritische Politikwissenschaft

Insbesondere im Forschungsfeld der Politischen Theorie haben Demokratietheorien eine wesentliche Bedeutung in der Politikwissenschaft. Im Zentrum steht dabei die Repräsentation von Menschen und die Legitimation politischer Handlungen und Entscheidungen die rückwirkend die repräsentierten Subjekte betreffen.
Innerhalb der Demokratieforschung stellt das politische System der EU einen Sonderfall dar. Mit Systematisierungen die konkret auf Nationalstaaten zugeschnitten sind, ist es schwer die Charakteristika der EU zu erfassen und dadurch Aussagen treffen zu können.
In der Politikwissenschaft, als auch in der Rechtswissenschaft ist es daher von Vorteil, die EU als ein eigenes System sui generis zu erfassen. Dies ergibt sich aus dem Bestehen von Organen, die von den den Mitgliedstaaten unabhängig agieren (sollen), der Kompetenz unmittelbares Recht setzen zu können, welches dem Nationalstaatlichen Recht in seinem Anwendungsbereich vorgeht und dieses dadurch verdrängt, sowie einer eigenen Gerichtsbarkeit hinsichtlich dieser Rechtsordnung. Auch ein Ansetzen an Modellen aus der internationalen Politikwissenschaft und den internationalen Beziehungen und des Völkerrechts, wie jenes internationaler Organisationen, ist nicht zielführend, da in solchen zumindest den Staaten die hauptsächliche Kompetenz bleibt, was zumeist in Einstimmigkeitsentscheidungen Ausdruck findet. Hinsichtlich der Europäischen Union behalten zwar die Staaten die sogenannte Kompetenz-Kompetenz (Art 5 AEUV), jedoch sind Organe und Gremien vorgesehen, wie das Europäische Parlament, dass nicht ausschließlich die Interessen der Staaten vertreten soll und EU- weit unmittelbar gewählt wird.

In diesem Kontext häufen sich die Fragen der Legitimation des politischen Prozesses, die auf Nationalstaatlicher Ebene zwar einfacher, in einem politisch und rechtlich vernetzten Europa jedoch nicht hinreichend zu beantworten sind.
An Hand normativer Demokratietheorien wie jener eines deliberativen Ansatzes, sowie durch feministische Demokratietheorien sollen in dieser Arbeit Parameter gefunden werden, die in der Lage sind die Demokratiequalität der EU zu erfassen und zu bewerten und normativ diese durch verschiedene Dimensionen der politischen Partizipation positiv zu beeinflussen.

Literatur:

- Handzhieva, Yana MA (2015): Die demokratische Qualität der europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon, Wien: Universität Wien

- Lembcke, Oliver W. (2012): Zeitgenössische Demokratietheorien: Band 1: Normative Demokratietheorie, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Weidenfeld, Werner (2015): Die Europäische Union, 4. Aufl., Paderborn, UTB